

Rezension



In einem neuen Roman über Codes und deren Entschlüsselung kommt vor allem die Codierung von Ideologien hinten raus.

Seite 2

Region



Wenn Rasterfahndungen gegen Gesetze verstoßen, wird nicht die Fahndung eingestellt, sondern Gesetze werden verändert.

Seite 3

Interview



Was nach der Bundestagswahl mit Wolfgang Thierse passiert, weiß noch keiner, aber Vermutungen präsentieren wir euch heute schon auf

Seite 4



<http://www.bo-alternativ.de>



Auch Studienkonten sind Studiengebühren Stoppt rot-grün!

Am 10. September 2002 werden im Düsseldorfer Landtag in erster Lesung die Vorschläge der nordrhein-westfälischen Landesregierung zur Einführung von Studiengebühren behandelt.

Trotz vorheriger Beteuerungen in den Koalitionsvereinbarungen z.B. der Bundesregierung und diverser Beschlüsse von rot-grünen Parteigremien, jegliche Art von Gebühren abzulehnen, gibt es einen Kabinettsbeschluss der rot-grünen Landesregierung vom 12. Juli 2002, der die vorübergehende Einführung von Gebühren für so genannte „Langzeitstudis“ (650 Euro) vorsieht. Im Jahr 2005 soll dann das bereits im letzten Jahr angekündigte Studienkontenmodell in allen SPDgeführten Bundesländern in Kraft treten.

Die StudentInnenvertretungen in NRW lehnen jegliche Form von Studiengebühren, ob für „Langzeitstudierende“, Zweitstudierende etc., oder auch versteckte Gebühren in Form von Studi-

enkontenmodellen, als unsozial und inakzeptabel ab, zahlreiche Studvertretungen und Initiativen haben zu Protesten aufgerufen.

Bereits Anfang August 8. 2002 erteilten die im LandesAsten-Treffen (LAT) zusammengeschlossenen nordrhein-westfälischen StudentInnenvertretungen dem Gesetzentwurf der Landesregierung vom 17. Juli 2002 eine klare Absage und sprachen sich kategorisch gegen jede Form von Studiengebühren. „Mit diesen Plänen verabschiedet sich die Landesregierung endgültig von der Idee der freien Bildung“, so LAT-Koordinatorin Christine Brinkmann.

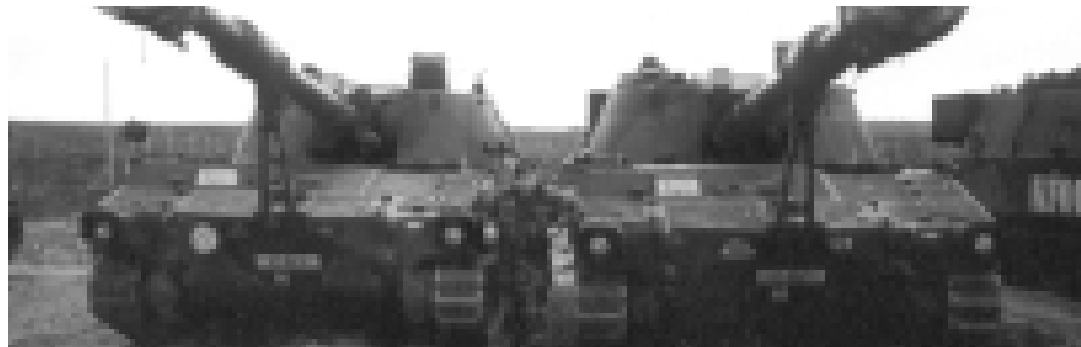
LAT und UNO Hand in Hand

„Bildung ist ein Grundrecht, und dementsprechend ist es Aufgabe des Staates, freien und gleichberechtigten Zugang zu allen

Bildungseinrichtungen zu ermöglichen“ stellte das LAT fest und verwies auf die von der UNO geäußerte Besorgnis über die Beschneidung des Bildungsgrundrechts, die einen Verstoß gegen internationales Recht darstellt. Wörtlich erklärte im November des vergangenen Jahres der Wirtschafts- und Sozialrat der UN: „Das Komitee ist besorgt darüber, dass einzelne Bundesländer das Prinzip freier höherer Bildung abgeschafft haben, indem sie Gebühren erheben, die in einigen Fällen verwendet werden, um Ausgaben der Länder zu decken und nicht den Hochschulen zuzuführen“.

Alles auf die Beine, gegen die Gebührenscheine

Fortsetzung auf S. 2 ...



Tatort Deutschland Deutschland rüstet auf – für die kommenden Kriege

Gerhard Schröder und Joschka Fischer haben sich in den letzten Tagen eindeutig gegen einen neuen Irak-Krieg ausgesprochen: Schröder werde sich auf kein „Abenteuer“ einlassen, Fischer meinte, dass ein neuer Krieg die gesamte Region destabilisieren würde und die Folgen nicht vorhersehbar seien. Es darf vermutet werden, dass dies alles nur Wahlkampfmanöver ist, denn im März 2002 hat Schröder eine interne Zusage an die US-Regierung für eine deutsche Beteiligung an einem Krieg gegen den Irak gegeben. Damals war dies mit der Bedingung verbunden, dass der Krieg nach den Wahlen stattfindet und dass der Angriff mit einem UN-Mandat versehen werden müsse.

Wenn die Bundesregierung diese Position glaubwürdig vertreten möchte, dann soll sie auch der US-Regierung gegenüber erklären,

dass sie weder Bundeswehrtruppen für den geplanten Krieg noch militärische Infrastruktur zur Verfügung stellt. Auch der Abzug der Bundeswehrsoldaten aus Kuwait würde die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung erhöhen. Dies alles ist allerdings unwahrscheinlich.

Es ist eher denkbar, daß Schröder und Fischer die letzten Umfrageergebnisse gelesen haben, nachdem sich eine deutliche Mehrheit der deutschen Bevölkerung (die Zahlen schwanken zwischen 73% (n-tv/Emnid) und 91% (Spiegel)) gegen einen Irak-Krieg ausspricht. So ist die Annahme, daß dies alles nur Wahlkampfmanöver ist, doch sehr wahrscheinlich. Mißtrauen ist also allemal angebracht.

Bundeswehr-Kampfeinsätze unter Rot-Grün

Dabei sollte nicht vergessen werden, dass es die rot-grüne Bundesregierung in einer Legislaturperiode ermöglicht hat, deutsche Soldaten zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg wieder in einen Kriegseinsatz zu schicken (Kosovo), in Afghanistan Bundeswehrspezialeinheiten an Kampfeinsätzen der US-Armee teilnehmen zu lassen und in einer Legislaturperiode 17 Beschlüsse zur Entsendung deutscher Soldaten ins Ausland zu fassen. Neue

Aufrüstungsprojekte sind bereits geplant: z. B. die Luft-Boden-Rakete „Taurus“ mit einem Auftragsvolumen von 570 Mio. Euro oder die neuen Waffensysteme „Meteor“ und „Isis-T“ (für den Euro-Fighter) sowie den Schützenpanzer „Panther“ und der Militärbus. Die deutsche Marine wird umfassend aufgerüstet, neue Kriegsschiffe werden gebaut, und die Umrüstung der Bundeswehr zu einer vollfunktionsfähigen Interventionsarmee wird damit vollendet. Auslandseinsätze der Bundeswehr werden zu einer Normalität.

Neoliberalismus und Moralismus

Vor zehn Jahren hätte sich kaum jemand vorstellen können, dass deutsche Soldaten sich im Einsatz außerhalb des NATO-Gebietes befinden und auch noch in Ländern, in denen noch vor sechzig Jahren die Wehrmacht wütete. Die Friedensbewegung hat in den achtziger Jahren erreicht, dass ein großer Teil der Bevölkerung neuen Aufrüstungsprojekten sehr kritisch gegenüberstand und der Widerstand gegen und die Besorgnis über die wachsende Kriegsgefahr sehr groß war. Um diesen Widerstand zu schwächen, wurde die Partei Bündnis 90/Die Grünen 1998 mit in die Regierung aufgenommen. Ehemalige Friedensbewegte wurden während des Jugoslawien-Krieges zu Kriegsbefürwortern. Die Kriegsbefürwortung wurde damals von Joschka Fischer u. a. mit der Losung „Nie wieder Auschwitz“ begründet, so als ob man Krieg

gegen die „eigene“ Vergangenheit führte. Deutsche Soldaten kämpften plötzlich gegen einen angeblichen „Faschismus“. Mit dieser Projektion ist es gelungen, eine Mehrheit in der Bevölkerung hinter diese Kriegspolitik zu bekommen. Vielleicht war es auch nur so möglich gewesen. Aber vielleicht kann man dieses Phänomen nicht nur psychologisch deuten, sondern soziologisch, wie es Georg Seeflen in einem Interview in der Zeitschrift KONKRET tat. Auf die Frage, worauf das Einverständnis in der Befürwortung des Angriffskrieges gegen Jugoslawien in fast allen deutschen Medien denn beruhe, gab er folgende Antwort: „Unter vielem anderen auf einen gesellschaftlichen Projekt, das man bislang nur in seiner taktischen, nicht aber in seiner strategischen Bedeutung erkannt hat, nämlich dem Pakt des moralischen mit dem wirtschaftlichen Flügel des neuen Kleinbürgertums. Die mythische Konstruktion der „Neuen Mitte“ geht von einer moralischen Erzählung der Versöhnung von einstigen Widersprüchen aus, von der Integration der oppositionellen Ansätze in einer Gesellschaft, die die Impulse des Neoliberalismus (Kampf dich nach oben, mache Profit, genieße deine Macht, zeig was du hast, bewundere Effizienz!) mit dem Impuls des radikalen Moralismus (Rettet

Fortsetzung auf Seite 3 ...

Anzeige ...

Neal Stephenson: Cryptonomicon Verschlüsselte Sache

Originelle Nazis

Zwar versuchen Nazis die Dark Scene zu unterwandern, beim Publikum von „Subway to Sally“ beißen sie jedoch auf Granit. Wahrscheinlich griff deshalb eine Herde erlesener Länner die Gäste dieser Band bei der Festivität „Essen Original“ an. Ein besonders durchgeknalltes Exemplar dieser arischen Art gab sich nicht damit zufrieden, einem Zuhörer die Nase blutig zu hauen, sondern dominierte noch eine Mülltonne in die Menge. Die weit aufgerissenen Augen und fahrigten Bewegungen dieses germanischen Urvieches deuten auf Degeneration und Überzüchtung hin. Auch sprachliche Artikulation war nicht zu vernehmen. Dennoch akzeptierte die Rote das Kraft-durch-Freude-Paket als Leit- oder Führungstierchen und versuchte ihm den Rücken freizuhalten.

Brachte aber nix: Bis zur Bühne kamen sie nicht durch.

Genderterror vs. bang!

Nach einigen Auseinandersetzungen, Stress, Pöbeleien, Missverständnissen und Unmut über hohe Preise hat das Referat für Schwule, Bisexuelle und Lesben des AStA Duisburg (SchwubiLe) ganz offiziell seine bisherige Kooperation mit der bang!-Gruppe für beendet erklärt. Die bang!-Gruppe veranstaltet seit Jahre die alternative bang! – the queer opposition-party im Oberhausener Druckluft. In Kooperation mit dem SchwubiLe-Umfeld, anderen Organisationen und Einzelpersonen wurden u.a. auch die Freak-Weeks im letzten und im vorletzten Jahr im Druckluft dargeboten.

Wie gesagt, mit dieser Kooperation ist jetzt Schluss und es gibt die weitere – im übrigen viel preiswertere und nach Bekunden der hauptsächlichen OrganisatorInnen (SchwubiLe, Referat für Frauen- und Lesbenpolitik des Duisburger AStA, AZ Mülheim) auch viel alternativere Party Gender-Terror. Und zwar jeden ersten Freitag im Monat ab 22 Uhr im AZ Mülheim, Auerstr. 51, Eintritt und die große Pulle Bier zu jeweils anderthalb Euro. Nach dem Start im letzten Monat hoffen die OrganisatorInnen am kommenden Freitag, 6. September, auf noch zahlreicheres Erscheinen partywilliger Alternativer aller Sexualitäten (wozu auch immer das dann noch extra betont werden muss) – ob die potenziellen Zielgruppen nun die eine, die andere, beide oder keine Party tollere finden, war bis Redaktionsschluss nicht in Erfahrung zu bringen und ist mir ja auch egal.

<http://www.genderterror.de>
<http://www.schwubiLe.de/>
<http://www.bang.de/>

Naziaufmarsch verhindern!

Für den 7. September 2002 hat die NPD einen Aufmarsch in Wuppertal angemeldet.

Um dieser Provokation vielfältige Aktionen und eine große, gemeinsame Demonstration entgegenzusetzen, hat sich ein breites Bündnis von Gruppen und Einzelpersonen gegründet. Das Bündnis „Wuppertal stellt sich quer“ ruft alle auf, sich an den Gegenaktivitäten zu beteiligen.

Treffpunkt: 10 Uhr Geschwister-Scholl-Platz, Wuppertal Barmen

Wahlkrampf 2002

Die endgültige Wahlveranstaltung in Bochum

**Alle kommen,
alles wird gesagt,
nur hier und exklusiv!**

Die Einzige dieser Art in Deutschland!

**Gerhard Schröder,
Edmund Stoiber,
Guido Westerwelle,
Jochka Fischer,
Angela Merkel,
Helmut Kohl (angefragt) u.a.**

Hier erfahren Sie, wo Sie am 22. September Ihr Kreuz machen sollen.

Als weitere Gäste:
Die All Star Band, Easy-X (Deutscher Hip-Hop), Carsten Eichler (Kabarettist), Arno Klönne (Prof. für Soziologie), die enttäuschten Ex-Grünen, Bochumer Initiativen u.a.

**Am Samstag, 7. September ab 11 Uhr
am Husemannplatz**

Falsche Politik muss man nicht wählen!

Kryptografie, das ist die Lehre vom Entschlüsseln und Verschlüsseln von Informationen. Früher war das vielleicht nur in der Politik (und in deren Teilmenge „Krieg“) von Bedeutung, aber heutzutage nutzen wir alle kryptografische Verfahren, wenn wir im Internet ein Buch bestellen. Bei einigen anderen Sachen, wie z.B. dem profanen e-Mail-Austausch nutzen wir alle noch viel zu wenig Kryptografie, so dass finstere Geheimdienste alles lesen können. Dies wiederum ruft heroenhafte BürgerrechtlerInnen auf den Plan, die dem freien Zugang zu starken Verschlüsselungsverfahren die Rettung der freien Welt vor den eben erwähnten Mächten der Finsternis sieht, die wiederum in der Nutzung von starker Verschlüsselung die Achse des Bösen erkennen. Höchste Zeit also, dass mal jemand einen dicken Roman dazu schreibt.

Genau dies hat nun Neal Stephenson gemacht. Der Autor wird von einigen in einem Atemzug mit William Gibson genannt und gilt als einer der Erfinder der Cyberpunk-Literatur und hat sich mit seinen bisherigen Romanen in genau diese Szene einen Namen gemacht; das CRYPTONOMICON wurde daher auch heiß ersehnt. Im CRYPTONOMICON geht es in zwei Zeitebenen um die Verschlüsselung: Die erste spielt im zweiten Weltkrieg und wird vornehmlich aus der Sicht der Alliierten erzählt. Diese haben einen Großteil der deutschen und japanischen Codes geknackt und wissen daher, wo sich die U-Boote im Atlantik aufhalten, was die japanischen Generäle gerade tun und haben jetzt ein Problem: Würde man einfach jede gewonnene Erkenntnis der geknackten Codes nutzen, so müssten die bösen Deutschen oder Japaner irgendwann mal dahinterkommen, dass die Codes geknackt sind – also inszenieren die Alliierten vermeintliche Spionagenester oder Aufklärungsmissionen, damit die Deutschen im Glauben bleiben, die Codes der Verschlüsselungsmaschinen Enigma und Konsorten sind sicher und die erhöhten Verluste sind auf andere Faktoren zurückzuführen. An vorderster Front spielen hier Sergeant der Marines Bobby Shaftoe und der superintelligente Mathematiker Waterhouse. Die Geschichte des zweiten Weltkrieges

wird im CRYPTONOMICON vorwiegend als Geschichte eines Informationskrieges erzählt – als Kampf um die Gewinnung und Erhaltung von Informationen. Nebenbei erfährt man einiges über kryptografische und mathematische Verfahren.

Entschlüsselte Geschichte

Die zweite Zeitebene: Ein paar hippe freiheitsliebende AmerikanerInnen wollen auf einer pazifischen Insel einen Freihafen für Daten aufbauen – also einen gewaltigen Server auf dem Daten zur Verfügung stehen – unabhängig von jedem staatlichen Eingriff – eine Vision der totalen Informationsfreiheit. Mit Hilfe eines Schatztauchers stoßen sie auf ein U-Boot-Wrack aus dem zweiten Weltkrieg, in dem sich nicht nur Gold befindet, sondern auch verschlüsselte Nachrichten. Und jetzt verschmelzen die Zeitebenen: denn der Schatzsucher ist der Enkel des Marines Shaftoe und ein Randy Waterhouse, einer der hippen JungunternehmerInnen, ist Enkel des Mathematikgenies Waterhouse. Nun beginnt eine Suche nach altem Nazi-Gold und der Kampf um den Datenfreihafen und einen alten ungeknackten Code.

Der sprachliche Stil, rasant und witzig, überzeugt – die über tausend Seiten werden selbst bei den sehr ausufernden Passagen nie allzu langweilig. Ein wenig anders sieht es

jedoch auf der inhaltlichen Ebene aus: Im Mittelpunkt des Romans stehen vor allem männliche, weiße, amerikanische Individuen, die der Welt viel Gutes tun wollen. Gegner werden meist als unflexible Kollektive gesehen (so die als „Nips“ betitelten JapanerInnen), einzig dem Japaner Goto Dengo wird mehr Raum eingeräumt, diesen darf man dann aber auch bei seinem Marsch aus der kollektiven japanischen Identität zu einem netten amerikaliebenden Unternehmer beobachten.

Kalifornische Ideologie lässt grüßen

Das Projekt des Datenfreihafens der jungen, individualistischen AmerikanerInnen ist im Grunde genommen ein Symbol für die sogenannte „kalifornische Ideologie“, die in den Gründerzeiten des digitalen Booms Ende der Achtziger, Anfang der Neunziger aufkam: Eine Vermischung von neoliberalen Wirtschaftsideen und der Freiheitsliebe der Späthippies: ein absolutes Ja zum freien Markt, eine Ablehnung jeglicher staatlicher Einmischung und ein gehöriges Weggucken bei den bestehenden Ausbeutungs- und Rassismusmechanismen.

Was bleibt, ist ein Roman, der es zwar schafft, in einem rasanten und witzigen Stil die Auswirkung der Kryptographie in zwei wichtigen Epochen des 20. Jahrhunderts auf den Tisch zu bringen, jedoch dabei von einem starken ideologischen Beigeschmack versetzt wird.

Heiko Jansen

**Neal Stephenson: Cryptonomicon
Manhattan Verlag, 29 EUR, ISBN: 3-442-54529-3**

Anzeige ...

... Fortsetzung von Seite 1

Dem Landtag am 10.9. auf die Pelle rücken

Mit der Forderung „Bildung muss weiterhin ohne Unterschied der sozialen Herkunft für alle frei zugänglich sein“ ruft die Bochumer Initiative „Tatort Deutschland“ zu Protesten auf. „Es ist an der Zeit, diesen so genannten „VolksvertreterInnen“ die Stirn zu bieten und unser Recht auf Bildung durchzusetzen“ heisst es in einem Aufruf der Initiative, mit dem für den 7. September ab 11.00 Uhr zu einem Aktionstag in der Bochumer Innenstadt mobilisiert wird.

NRW-weit rufen StudentInnenvertretungen und Initiativen dazu auf, am 10. September dem Landtag in Düsseldorf die massenhafte Ablehnung von Studiengebühren in Form einer Demonstration vorzuführen. Treffpunkt für Bochum ist 9.00 Uhr am Hauptbahnhof.

Her mit dem schönen Leben

Auch an dem am 14.9. in Köln stattfindenden Aktionstag der Gewerkschaftsjugend und globalisierungskritischer Initiativen werden sich StudentInnen und bildungspolitisch Aktive mit einem Bildungsblock in der Großdemonstration beteiligen. Start des „Bildungsblocks“ ist um 14.00 h am Rudolfplatz.

Warum das alles?

„Werden mit der Erhebung von Studiengebühren und dem Abbau demokratischer Kontrollen im Schul- und Hochschulbereich die Weichen für eine generelle Umstrukturierung des Bildungswesens gestellt? Wer könnte daran interessiert sein? Wie laufen die GATS-Verhandlungen auf europäischer und internationaler Ebene? Welche Prozesse zeichnen sich in Deutschland, welche in anderen Ländern ab? Was ist eigentlich „Bildung“? Wozu ist

sie gut? Wem sollte sie dienen? Sollte sie überhaupt eine „Funktion“ haben?“

Antworten auf dem Bildungsforum

Mit diesen und anderen Fragen soll sich am 13.9 ein Bildungsforum an der FH Köln, (Standort Süd) befassen. Ab 10.00 soll in verschiedenen Arbeitskreisen das Gespräch gesucht werden um 18.00 Uhr werden in Form einer „Bildung im Zeichen der Globalisierung“ betitelten Podiumsdiskussion bildungspolitische VordenkerInnen ihre Positionen austauschen. Eingeladen sind: Thomas Fritz, freier Mitarbeiter von WEED, Berlin, und aktiv bei attac, Thorsten Bultmann, Geschäftsführer des BdWi (Bund demokratischer WissenschaftlerInnen und Wissenschaftler) Markus Struben, Landeskoordinator des Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) in NRW Lars Hünning, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim CHE (Centrum für Hochschul Entwicklung) Ulla Lötzer, MdB (PDS) und weitere.

geka

Wegbeschreibung Bildungsforum:
Anfahrt mit öffentlichem Personennahverkehr: Mit den Linien 15 oder 16 bis Ubierring, dann in die Trajanstraße, Maternusstraße und Claudiusstraße (Linie 16 von Dom/Hauptbahnhof ca. 20 Minuten)

Rasterfahndung an den Hochschulen Verfassungsbeschwerde



bsztermine

Auf der Suche nach islamistischen „Schläfern“ griffen die Innenbehörden der Bundesländer im letzten Jahr erstmalig seit den siebziger Jahren auf das umstrittene Mittel der Rasterfahndung zurück. In manchen Bundesländern verstießen sie damit gegen geltendes Recht und die Rasterfahndungsmaßnahmen wurden von Gerichten für unzulässig erklärt oder eingeschränkt.

In Hessen wurden sie auf die Beschwerden von StudentInnen hin gestoppt. Kein Problem für die Regierungsparteien: sie änderten einfach das entsprechende Gesetz. Ist ja auch lästig, wenn dem Handeln der Exekutive Grenzen gesetzt sind.

Am 29. August 2002 hat der Hessische Landtag tiefgreifende Änderungen im „Hessischen Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung“ (HSOG) beschlossen. Der Gesetzesentwurf der Fraktionen der CDU und FDP sieht vor, die Rasterfahndung in Hessen erheblich zu „erleichtern“. Nachdem am 21. Februar 2002 das Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt die Rasterfahndung in Hessen als erheblichen Grundrechtseingriff kritisiert und für rechtswidrig erklärt hatte, bemühen sich nun der Hessische Innenminister Bouffier und Kollegen, die Rechtsgrundlage zur Rasterfahndung durch drei gravierende Gesetzesänderungen im § 26 HSOG insgesamt zu beseitigen.

Richtervorbehalt abgeschafft

Der Richtervorbehalt wird bei der Anordnung zur Rasterfahndung abgeschafft. Der Gesetzgeber hat grundsätzlich (basierend auf dem Volkszählungsurteil von 1983) die Erhebung von Daten unter Richtervorbehalt gestellt. Dies stellt den Versuch dar, faktenorientiert und objektiv das Handeln der Ermittlungsbehörden mittels einer Kontrollinstanz überprüfbar und transparent zu machen. Eine Kontrolle durch richterliche Instanz wird jedoch demontiert, indem die Anordnungskompetenz in das Ermessen eines Behördenleiter-Vorbehalts, sprich des LKA-Präsidenten, übertragen wird. Der Behördenleiter ist Teil der Exekutive und unterliegt somit den Weisungen des Innenministers, mit Namen Bouffier.

Gefahrenbegriff herabgesetzt

Der Gefahrenbegriff wird herabgesetzt. Es sollen künftig nicht einmal mehr tatsächliche Anhaltspunkte für bevorstehende Straftaten notwendig sein, um

eine Rasterfahndung durchzuführen. Die massenhafte Grundrechtsverletzung, besonders im Sinne der informationellen Selbstbestimmung, wäre mittels der Neuregelung bereits bei relativ banalen Straftatbeständen, wie zum Beispiel bei bandenmäßigem Fahrrad- diebstahl legitim.

Unterrichtungspflicht bleibt wirkungslos

Die Regelung zur Unterrichtungspflicht ist wirkungslos und unzureichend. Grundsätzlich muss jede Person unabhängig von etwaigen Ermittlungen schon bei der Datenerhebung über diese informiert werden, insbesondere deshalb, weil schon die Anordnung zur Rasterfahndung als solche einen langen Prozess der Datensammlung und -verarbeitung eröffnet. Die Neuregelung sieht vor, erst bei weiteren Ermittlungen im Anschluss an die Rasterfahndung schon erfasste Personen zu unterrichten, und das selbst nur, wenn dies ohne Gefährdung des Zweckes der weiteren Datennutzung erfolgen kann.

Studis protestieren und Klagen

„Insbesondere unsere ausländischen KollegInnen sehen sich seit den sogenannten Terrorbekämp-

fungsmaßnahmen pauschal unter Generalverdacht gestellt, schlafende Straftäter darzustellen. Die seit den 1970er Jahren sukzessiv getätigte Grundrechtsdemontage in unserer Republik, immer unter dem Tarnmantel der Inneren Sicherheit, führt inzwischen zur Beweislastumkehr: der erst mal pauschal verdächtige ausländische Kommilitone muss seine Unschuld beweisen“, kritisierte Tjark Sauer vom AstA der Gießener Uni. Dieser wird nun vor dem Hessischen Staatsgerichtshof Verfassungsbeschwerde einlegen, parallel wird vor dem Bundesverfassungsgericht ein Eilantrag gestellt, der die kürzlich beschlossene Gesetzesänderung für verfassungswidrig erklären soll. „Insbesondere die Abschaffung des Richtervorbehalts ist in einem demokratischen Rechtsstaat nicht hinzunehmen. Diejenige Institution, die die Rasterfahndung durchführt, kann diese nicht selber anordnen dürfen!“ empört sich Tjark Sauer.

„Effektiver Rechtsschutz darf nicht von der Herkunft, Religion oder dem Geschlecht abhängig gemacht werden!“

Grundsätzlich kritisiert der AstA, mit der Rasterfahndung würden alle ausländischen Studierenden kriminalisiert, was rassistische Ressentiments schüre, wie Ibrahim Okasha, Referent der autonomen Vertretung für ausländische Studierende an der JLU, bestätigte: „Seit den Terrorbekämpfungsmaßnahmen, die jeden islamischen Studenten verdächtig erscheinen lassen, werden auf dem Studierenden-Campus Ausländerinnen und Ausländer offen angepöbelt und rassistisch beleidigt.“

geka



Mittwoch, 4. September

Friedensplenum

19.30 Uhr, Bhf. Langendreer, Raum 6 (Eingang Kino-Café Endstation)

Offenes Treffen der Kreisgruppe des Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland
20.00 Uhr, Umweltzentrum, Alsenstraße 27

Donnerstag, 5. September

Bündnis umweltfreundlicher Stadtverkehr

19.30 Uhr, Umweltzentrum, Alsenstraße 27

Freitag, 6. September

Genderterror

Eintritt 1,50 Euro, S. Kurzmeldungen S. 2.
ab 22 Uhr, AZ Mülheim

Samstag, 7. September

„Wahlkrampf 2002“

ab 11.00 Uhr, Husemann-Platz

Sonntag, 8. September

Filmreihe „Die Hitze bringt es an den Tag“: „Lebenszeichen“

BRD 1967, Regie: Werner Herzog (auch 10.+ 11.9., 22.00 Uhr)
18.00 Uhr, Kino Endstation

Montag, 9. September

„Erwerbslose – die Sparschweine der Nation?“

Seminar der Arbeitsloseninitiative Werkschlag (bis 11.9.) 10.00 Uhr, Industrie- und Sozialpfarramt, Wittener Straße 242

Treffen der Medizinischen Flüchtlingshilfe

20.00 Uhr, Gebäude der IFAK, Engelsburger Str. 168

Dienstag, 10. September

„Tatort Deutschland“ – falsche Politik muss man nicht wählen

Weitere Überlegungen zur Einmischung in den Wahlkampf 2002
19.30 Uhr, Bhf. Langendreer, Raum 6 (Eingang: Kino-Café Endstation)

Stammtisch ATTAC

19.30 Uhr, Absinth, Rottstraße

Mittwoch, 11. September

Videofilmreihe „Geschichte Ihr Recht - Frauen und Justiz“:

„Eine Frauensache“, F 1988, Regie: Claude Chabrol
19.00-21.30 Uhr, Archiv ausZeiten, Josephinenstr. 71

Terror, Krieg und Bürgerrechte

Der 11. September 2001 war auch Ausgangspunkt für eine neuerliche Welle beim Kahl-schlag bürgerlicher Schutz- und Freiheitsrechte weltweit. Die rot-grüne Bundesregierung hat sich auch hier nahtlos eingepaßt. Die tiefen Einschnitte in bürgerliche Rechte stehen in keinem erkennbaren Verhältnis zur Bekämpfung des Terrorismus und zur Verhütung konkreter Anschläge. Das bedeutet jedoch nicht, daß die durch die Parlamente gepeitschten Gesetze zurückgenommen würden. Beunruhigend ist die Systematik, wenn man die Einmütigkeit bedenkt, mit der die EU-Regierungen über die schweren Menschenrechtsverletzungen beim Genua-Gipfel sechs Wochen vor dem 11. September hinweggegangen sind. Als Referent eingeladen ist Reinhard Kößler, der Mitglied des Linken Netzwerks und als Dozent an der Uni Bonn tätig ist.

Gemeinsame Veranstaltung des Bochumer Friedensplenums und des Linken Netzwerks
19.30 Uhr, Bahnhof Langendreer, Raum 6

Mittwoch, 25. September

Infoveranstaltung Castor-Transport

Flugblatt auch auf
http://www.bahnhof-langendreer.de
20.00 Uhr, Bahnhof Langendreer, Raum 6

... Fortsetzung von Seite 1

... für die kommenden Kriege

die Wale, den Regenwald, die bedrohten Völker, die Menschenrechte!) vereint.“ (Georg Seeßlen in KONKRET 5/99)

Verbrechen für die Menschenrechte

In verschiedenen Talk-Show-Sendungen im Fernsehen, aber auch im Bundestag haben PolitikerInnen der rot-grünen Koalition, der CDU/CSU und der FDP während des Wahlkampfes die deutschen Soldaten, die in Bosnien, in Mazedonien, im Kosovo und in Afghanistan stationiert sind, überschwänglich gelobt, weil sie den Menschen dort helfen und die Menschenrechte bewahren. Keine Rede war davon, dass der Bombenkrieg gegen Jugoslawien etwa 2000 Menschen das Leben gekostet hat, dass z. B. im NATO-Protektorat Kosovo die meisten bisher dort lebenden Nichtalbaner, etwa 300.000 Serben, Roma, Ashkali und andere Minderheiten, durch ehemalige UCK-Angehörige vertrieben wurden und dass dort politisch motivierte Morde immer noch an der Tagesordnung sind, dass in Mazedonien der Bürgerkrieg maßgeblich aufgrund von Waffenlieferungen aus NATO-Ländern, insbesondere aus Deutschland, an die albanischen Terroristen ausgebrochen ist und dass die Bombenangriffe auf Afghanistan etwa 4000 Menschen das Leben gekostet hat und daß die Shari'a – trotz Beseitigung des Taliban-Regimes – dort immer noch gültig ist.

Noch ein paar Sätze zum Kanzlerkandidaten: Sollte Stoiber die Wahl gewinnen, so wird sich, was die Außen- und

Militärpolitik angeht, nicht viel ändern. Es wird dann eher ganz offen von „deutschen Interessen“ und „nationaler Verantwortung“ und weniger von „Bewahrung von Menschenrechten“ und „humanitären Interventionen“ die Rede sein. Aber vielleicht hat dies auch seine guten Seiten: Es kann manchen Leuten die Augen öffnen.

Volker Gervers

Anzeige ...

Anzeige ...



Vor mehreren Ausgaben (s. bsz Nr. 548) war in dieser Rubrik die Rede von der Dialektik der Schokoladensorten von Ritter-Sport, die sich leider nicht zu einer leckeren Sorte vereinigen ließen. Ohne hier jetzt näher auf die Dialektik und den Rattenschwanz, der mit dieser verbunden ist, einzugehen, sollen heute drei neue Schokoladensorten vorgestellt werden, die in sich schon zwei Einzelsorten vereinigen. Die in der alten Kolumne an den Haaren herbeigezogenen Analogien hatten soviet Protest seitens einer kritischen LeserInnenschaft hervorgerufen, dass heute weder Marx noch Hegel noch die Philosophie im allgemeinen bemüht werden sollen.

Die neuen Milksorten Waldbeer-Joghurt, Ananas-Joghurt und Erdbeer-Buttermilch haben diesen Vergleich aber auch wirklich nicht für einen Cent verdient. Denn bis auf diese letztgenannte Sorte schmeckt diese Dreifaltigkeit, die es laut Packungsaufdruck nur im Sommer geben wird, kurz gesagt nicht so toll bis zum Kotzen.

Die Erdbeer-Buttermilch-Variante ist noch recht respektabel. Besonders wenn man in Rechnung stellt, dass bisher noch jede Milka-Kuh, die das Licht der Produktionshallen aus Blech und Stahl verlassen hat, vor allem durch einen zu hohen Zuckeranteil aufgefallen ist. Wirklich: die Erdbeer-Buttermilch verdient Anerkennung. Sollte die Produktion heute eingestellt werden, dann könnte es sein, dass bis Ende des Sommers wirklich alle Schokoladen dieser Art verkauft sein werden. Und das, obwohl für die MeteorologInnen der Herbst schon Sonntag angefangen hat und es am Montag noch mindestens 25 Stawberry-Milka-Fields beim REWE- Dombrowski in Bochum-Wiemelhausen gab.

Die anderen beiden Sorten werden allerdings wohl noch bis zum berühmten St. Nimmerleinstag oder bis die Weihnachtsdekoration sie Mitte September aus den Regalen verdrängt in den Läden verkümmern. Die Ananas-Joghurt-Variante brachte sogar einen unserer leiderproben Tester zu der von ihm niemals für möglich gehaltenen Aussage: „Da könnte man ja glatt zum Veganer werden.“ Den Geschmack zu beschreiben ist nicht möglich, da sich wohl kaum jemand ausmalen kann, wie eine Mischung aus 345 Ersatzstoffen, schlecht gewordener Milch, Annanasbaumrinde und ranzigem Fett schmeckt. Laut Packungsbeilage sind die Inhaltsstoffe der Schokolade zwar andere, aber chemische Analysen eines unabhängigen Institutes haben ans Licht gebracht, dass genau das da drin ist.

Bei der Marke Waldbeer-Joghurt schreckt schon der erste Geruchseindruck jeden Menschen, der sich auch an dem Gestank von Geld und schimmeligem Brot nicht erfreuen kann, vor deren Verzehr ab. Süßliche Verwesungsdämpfe, unbekannte Welten und unerforschte Planeten schlagen einem/r entgegen. Die erstunkenen Planeten wird aber ernsthaft niemand erforschen wollen.

Schade lila Kuh. Das war es dann wohl mit leckeren neuen Sorten. Von hier aus ergeht somit der letzte Tip an alle Schokolade herstellenden Firmen, einfach nichts Neues mehr zu machen. Nur weil alle anderen Branchen meinen, was Neues erfinden zu müssen, müsst ihr euch dem neumodischen Quatsch doch nicht gleich anschließen. An dieser Stelle outet sich der Schreiber dieser Kolumne einmal als Konservativer: keine Schokoladen-Experimente! Denn alles was nicht der Emanzipation der Menschheit dient, sich als Fortschritt tarnt, aber ein Rückschritt ist, dient niemandem, ist also folglich inakzeptabel. Aber das ist wieder eine Frage der Dialektik und am Anfang dieses Artikels wurde ja versprochen, darauf nicht weiter heruzureiten.

Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Rolf van Raden, Thilo Machotta, René Voss
Redaktion dieser Ausgabe: Thilo Ernst (te), Martin Krämer (mk1), Gerd Krauss (geka), Tanja Tästensen (tas), Claus Witte (wc)

V.i.S.d.P.: Claus Witte (Anschrift siehe unten)
Auflage/Druck: 3000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen
Anschrift: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum
Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900
E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de
WWW: http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz

Was macht eigentlich ... Wolfgang Thierse?

Der sozialdemokratische Charakter

Wer Wolfgang Thierse entführt, rasiert und gegen ein Glas saurer Gurken wieder freilässt, ist ein echter Humorsoldat. (Wiglaf Droste)

Thierse war bis zur Zerschlagung der SPD im Jahre 2002 treuer Parteisoldat und hielt freiwillig bis zum September selbigen Jahres das Bimmelglockchen im Bundestag. Wir sprachen mit ihm über Ehrabschneiderei, innere Emigration und die Kunst, das Gesicht zu wahren.

BSZ: Thierse! Wie lebt es sich, so ganz ohne Bart?

Thierse: Ja ja, der Schlingensief hatte damals im wahrsten Sinne des Wortes überlassen. Ich habe ihm nach seiner Aktion erklärt, dass einfaches Rasieren genügt hätte.

BSZ: Hat er sich entschuldigt?

Thierse: Ja, sofort nachdem er mir die Kinnpartie abgerupft hatte und noch bevor ich aufhörte zu weinen. Demzufolge protestierte ich zu spät, also nachdem er sich entschuldigt hatte, aber er nahm meine Vergebung ehrenwerterweise dennoch an.

BSZ: Bereuen Sie die Annahme der Entschuldigung denn gar nicht?

Thierse: Mitnichten! Hätte sich das Gulag-System der DDR artig bei mir entschuldigt, hätte ich ihm ja auch alles verziehen. In diesem Fall hatte ich überdies die einmalige Gelegenheit, an Schlingensief ein Exempel an Großherzigkeit zu statuieren. Aber das sah der SPIEGEL mal wieder ganz anders – typisch, wie ich fest zu meinen glaube.

BSZ: Eine Stunde nach der Attacke behauptete Schlingensief, er bereue „gar nix“ und das Ergebnis stehe Ihnen

„gut zu Gesicht“.

Thierse: Er ist schon ein Schelm. Aber wir waren und – das möchte ich betont verstanden wissen – sind nach wie vor gute Freunde. Noch heute besucht er meine Frau und mich einmal wöchentlich und säuft sich durch unsere Weinvorräte.

BSZ: Ihre Frau? Die ist doch mit dem Schröder nach dessen Scheidung durchgebrannt.

Thierse: Nein, nein! Vor dessen Scheidung. Nach der Scheidung machte er sich an meine Tochter ran ...

BSZ: ... auf die Schlingensief auch scharf war ...

Thierse: ... und heute noch ist. Das kann er in einer vom Pluralismus geprägten Toleranzgesellschaft auch dürfen sollen. Ansonsten hätte ich den Stalinismus nicht abzuschaffen mithelfen müssen, äh können ... ich meine: sollen!

BSZ: Dürfen?

Thierse: Dürfen durften wir unter der Terrorherrschaft der Bolschewisten schon mal gar nichts!

BSZ: Der Tatsache, dass Sie nach dem Putsch des „Bajuwaren-Blocks“ im Jahre 2002 nicht inhaftiert wurden, entnehmen wir, daß Sie sich durchaus mit dem neuen Regime arrangieren konnten.

Thierse: So schlecht waren die „Bajuwaren“ nicht. Sie inhaftierten umgehend Schlingensief und verdingten ihn als Hofnarr im Bundeskanzleramt. Damit sicherte die neue Regierung mindestens einen Arbeitsplatz.

BSZ: Aber diese Regierung, wie Sie das Regime nennen, löste doch ihre Partei auf.

Thierse: Dagegen verwehre ich mich – bei allem Respekt – mit der zu Gebote stehenden Nachdrücklichkeit. Meine Partei löste sich mit Mehrheitsbeschluss selbst auf ...

BSZ: ... nach dem „Angebot“ der Bajuwaren, demzufolge die Mitglieder ihrer Partei

sämtliche Posten in Verwaltung und Wirtschaft behalten dürften.

Thierse: Dennoch durch demokratischen Beschluss. Das muss so von mir als etwas Festzuhaltendes gewürdigt zu sehen, mitunter dargestellt – ich meine von Ihnen entsprechend dargestellt – sein können, müssen, ich meine: sollen, äh ...

BSZ: Betrachten Sie sich noch immer als einen Sozialdemokraten?

Thierse: Sehen Sie, die Geschichte der Sozialdemokratie ist eine lange ...

BSZ: Ihre Geschichten auch. Wir danken Ihnen für das Gespräch!

Thierse: Auch ich sehe mich gefordert, den von mir geschuldeten Dank in gebührender und ziemlicher Form ...

[Hier streikte unser Diktiergerät – die Redaktion]

Mit Thierse spräche nach dem 22. September gern

Jørch Schönewerk

Nachwort

Wozu auf die Sozzen hauen, wenn sie doch mit hoher Wahrscheinlichkeit abgewählt werden. Müsste man sie nicht sogar stärken, um den reaktionären Club um Stoiber und Westerwelle zu verhindern?

Letztlich ist es aber egal, wer die Altersvorsorge auf Spekulationsbasis stellt, schneller in den sicheren Tod abschießt, Studiengebühren einführt oder sonstige Existenzen vernichtet.

Die „Titanic“ titelt völlig zu Recht: „Wer Schröder wählt, wählt Stoiber“

Die Quintessenz lautet demzufolge: Gemeinsam können wir etwas dagegen tun!
Viva la Revolución,
J.S.